

# AfA Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

## Stuttgarter Erklärung zum „Bremer Entwurf“ des neuen Grundsatzprogramms

Für die AfA BW ist es unabdingbar, dass das neue Grundsatzprogramm auf unseren Werten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbaut. Diese Werte sind gleichwertig und müssen stärker im Programm herausgearbeitet werden. Die Ziele des „Demokratischen Sozialismus“ sind im Programm zu verankern. Die Instrumente zur Erreichung dieser Werte müssen im Grundsatzprogramm klar definiert werden. Neoliberaler Politik erteilen wir eine klare Absage.

Allen Mitgliedern muss die Möglichkeit gegeben werden, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und Anträge in den zuständigen Gliederungen zu stellen. Die AfA fordert eine breite Diskussion zu diesem Neuentwurf mit der Einbindung der Gewerkschaften und aller gesellschaftlichen Gruppen, die der SPD nahe stehen. Auf Landesvorstandsebene soll eine Gruppe eingerichtet werden, die dies sicherstellt und Anträge und Stellungnahmen sammelt und für Mitglieder zugänglich in einem geschützten Internetbereich veröffentlicht.

Kinder sind Zukunft, Erziehungsarbeit ist Erwerbsarbeit gleichzustellen. Staatliche Leistungen und Betreuungseinrichtungen müssen sicherstellen, dass sich Jeder und Jede für Kinder entscheiden kann. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auf allen Ebenen sicherzustellen.

Keiner darf verloren gehen, dies muss in allen Lebensbereichen sichergestellt werden. Bildung muss Begabungen fördern. Der Anspruch auf optimale Förderung der Begabungen und Fähigkeiten muss eingelöst werden. Das Schulsystem muss durchlässig sein. Der Geldbeutel darf nicht über die Ausbildung entscheiden. Kindergarten-, Schul- und Studiengebühren lehnen wir ab. Dazu zählt auch, dass alle - egal mit welchem Schulabschluss oder welcher Qualifizierung - einen Zugang zu einem Arbeitsplatz haben, mit dessen Entlohnung sie ihren Lebensunterhalt ohne Transferleistungen bestreiten können. Wir dürfen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht zulassen (Leiharbeit, Niedriglohn u.a.). Der Mindestlohn muss festgeschrieben werden. Der Zugang zur beruflichen Qualifizierung muss allen offen sein. An den Kosten der Qualifizierung sind die Unternehmen zu beteiligen.

Im Mittelpunkt steht der Mensch, deshalb gehört zur Gerechtigkeit untrennbar die Aufwertung des Faktors Arbeit und der Anspruch auf einen menschwürdigen und gerecht entlohnten Arbeitsplatz. Das Recht auf Arbeit muss einer der zentralen Punkte des Programms werden. Vollbeschäftigung bleibt eines der wichtigsten Ziele der Sozialdemokraten. Ferner ist die paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben einzuführen und auszubauen.

Die guten Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie im Berliner Programm sind weiter auszubauen und festzuschreiben. Die soziale Marktwirtschaft benötigt demokratische

Mitgestaltung in allen Bereichen der Wirtschaft. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der nicht durch Marktkräfte getrieben wird. Der Staat und die Gesellschaft müssen die bestimmenden Gestaltungskräfte sein. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe. Eine Privatisierung wird abgelehnt.

Globalisierung ist gestaltbar. Die Wirtschaftsdemokratie in einer sozialen Marktwirtschaft ist ein Zukunftsmodell. Dieses Modell in Deutschland, Europa und der Welt umzusetzen, ist Aufgabe der Sozialdemokratie.

Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit gehören zusammen. Verteilungsgerechtigkeit ist auch zukünftig der grundlegende Gerechtigkeitsbegriff der Sozialdemokratie, denn Verteilungsgerechtigkeit behält den Reichtum einer ganzen Volkswirtschaft im Blick, formuliert den Anspruch aller, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und die Verantwortung aller, sich nach ihrer Leistungsfähigkeit zu beteiligen. Verteilungsgerechtigkeit definiert staatliche Aufgaben und sozialen Ausgleich und will die große Diskrepanz zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum ändern. Alle anderen Gerechtigkeitsbegriffe wie Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit oder Teilhabegerechtigkeit leiten sich von Verteilungsgerechtigkeit ab und erfassen Teilbereiche. Steuern sind nachgelagerte Verteilungsgerechtigkeit. Alle müssen sich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an den Kosten des Gemeinwesens beteiligen. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwächere Schultern. Unterschiedliche Steuersätze nach Einkommensarten lehnen wir ab. Das Einkommen aus Kapitaleinkünften darf nicht geringer versteuert werden als das Einkommen aus Arbeit.

Gerechtigkeit und Solidarität stehen für ein gesichertes Auskommen im Alter und eine gute Gesundheitsversorgung. Renten sind Lohnersatzleistungen, diesem Anspruch müssen sie vor allem bei ihrer Höhe gerecht werden. Die Nettorenten dürfen nicht weiter gekürzt werden. Es bedarf eindeutiger Regelungen zum Schutz vor Altersarmut. Die Gesundheitsversorgung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Leider wird sie immer mehr durch sogenannte Eigenleistungen untergraben. Eine Privatisierung der Lebensrisiken lehnen wir ab. Die paritätische Finanzierung hat sich bewährt, sie muss wieder Mittelpunkt der Finanzierung in den sozialen Sicherungssystemen werden. Die Bürgerversicherung ist umzusetzen. Der Sozialstaat darf nicht an die Erfordernisse der Wirtschaft angepasst werden, sondern er ist zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen da.

Die AfA Baden-Württemberg wird sich offensiv an der Gestaltung des neuen Grundsatzprogramms beteiligen und lädt dazu alle, die sich für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und der Zukunft der Sozialdemokratie einsetzen möchten, ganz herzlich ein.

Beschlossen auf der Klausurtagung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Stuttgart am 20. Januar 2007